



ANNETTE HAUSCHILD/OSTKREUZ

»Makler ist kein Beruf«

Ein Gespräch mit Torsten Schulz. Über seinen neuen Roman »Skandinavisches Viertel«, den Verkauf von Wohnungen, Berlin-Prenzlauer Berg früher und heute, poetische Plebejer und das »Nachholen« der Toten

f faulheit & arbeit

Skandalisieren

Bremer BAMF-Außenstelle: Mythen über Korruption und Fake News über »Gefährder«

3

Provozieren

Polizeieinsatz beim G-20-Gipfel: Auflösung der »Welcome to Hell«-Demo war rechtswidrig

4

Destabilisieren

Marschrichtung Osten: Die NATO-Strategie gegen Moskau und die Rolle Washingtons. Interview

8

Sortieren

Spanien: Vereinigte Linke möchte wieder an die soziale Basis zurück – Podemos weg von ihr

12



Keine Panik auf der Titanic

Streit um Asyl- und Flüchtlingspolitik: CSU erhöht Druck auf Merkel – trotz Einigkeit bei Abwehr von Migranten.

Von Stefan Huth

Harmonie im Streit: Merkel und Seehofer machen die Schotten dicht

Die Meldung verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Und entpuppte sich rasch als Ente: »Seehofer kündigt Unionsbündnis auf« – eine vom Satiremagazin *Titanic* über den Twitter-Account »HR Tagesgeschehen« verbreitete Nachricht traf am Freitag in vielen großen Redaktionen von *Bild* bis *Focus* offenbar auf die richtigen Empfänger. Die brachten den Unfug postwendend als Eilmeldung in Umlauf.

Seit Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) den Asylstreit mit der CDU verschärfte, machen in Berlin mit Blick auf die große Koalition Endzeitszenarien die Runde – und liegen vielerorts die Nerven blank. In einer Art Befreiungsschlag hatte Seehofer am Donnerstag versucht, seine Partei abermals als Garant für einen Hardlinerkurs in Sachen Flüchtlingsabwehr ins Gespräch zu bringen. Und der Kanzlerin praktisch eine Frist bis Montag gesetzt,

um auf die CSU-Linie eines nationalen Alleingangs an den deutschen Außengrenzen einzuschwenken. Seehofer will ohne Rücksicht auf die Praxis in anderen EU-Staaten künftig Migranten ausnahmslos zurückweisen, die in einem anderen Land ihren Asylantrag gestellt haben. Ein klarer Bruch mit EU-Recht, betonten Pro Asyl und andere Hilfsorganisationen am Freitag. Merkel hingegen strebt eine europäische Lösung und bilaterale Vereinbarungen mit Einzelstaaten an. Unterdessen heizte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Donnerstag den Konflikt in mehreren Interviews weiter an, schwadronierte in *Bild* von »Asyltourismus« und konstatierte im »Heute Journal«: »Wir sind der festen Überzeugung, dass nur mit einer klaren deutschen Haltung auch endlich in Europa was bewegt werden kann.«

Hintergrund für die CSU-Angriffe dürften sinkende Umfragewerte vor den

im Herbst anstehenden Landtagswahlen in Bayern sein. Die Partei könnte bis zu zehn Prozentpunkte verlieren – vorzugsweise an die AfD, die aktuellen Prognosen zufolge mit einem klaren zweistelligen Ergebnis rechnen darf. Alle bisherigen Versuche der CSU, den Ultrarechten durch Übernahme ihrer Themen Terrain streitig zu machen, haben diese bislang allerdings nur gestärkt.

Während auf der großen Bühne die Positionen aufeinanderprallen, wird hinter den Kulissen bereits an Kompromisslösungen gestrickt. So fand Julia Klöckner gegenüber der *Deutschen Presseagentur* verbindende Worte. »CDU und CSU eint ein gemeinsames Ziel: die Migration in unser Land besser zu steuern und die Zahl der zu uns kommenden Menschen deutlich zu verringern«. Die stellvertretende CDU-Vorsitzende betonte: »Seit 2015 haben wir viel erreicht.« Andere wichtige Schritte

seien geplant, mit dem Schwerpunkt der sogenannten Ankerzentren – Internierungs- und Abschiebelager für Asylsuchende –, die die CDU unterstütze.

Im großen und ganzen besteht also Einigkeit. Das erwies sich auch bei der am Freitag im Bundestag beschlossenen restriktiven Lösung beim Familiennachzug für Flüchtlinge. Ab August wird, wie im Koalitionsvertrag als »Kontingentlösung« vereinbart, quasi per Losverfahren pro Monat lediglich 1.000 Angehörigen von Flüchtlingen die Einreise in die Bundesrepublik gewährt. Die Verlängerung der Bundeswehr-Mission »Sophia« im Mittelmeer, die ebenfalls der Migrationsabwehr dient, war bereits am Donnerstagabend vom Bundestag mit deutlicher Mehrheit durchgewunken worden. Mit dem Untergang der Groko wird es allem Anschein nach noch ein Weilchen dauern.

■ Siehe Seiten 2, 3 und 8

DIE WAFFE DER KRITIK BRAUCHT EIN MAGAZIN
MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR
1.000 ABOS JETZT!
Dieser Ausgabe von *junge Welt* liegt ein Flyer der *Melodie & Rhythmus* bei. Nutzen Sie diesen für eine Bestellung des *M&R-Perspektivabos*!
■ Siehe auch Seiten 10 und 16

Jemen: Rotes Kreuz warnt vor Flüchtlingstragödie

Sanaa. Angesichts der Kämpfe um die wichtige jemenitische Hafenstadt Hudeida hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) vor einer neuen Flüchtlingstragödie gewarnt. »Zehntausende Menschen werden wahrscheinlich in den nächsten Tagen aus der Stadt fliehen«, erklärte das IKRK am Freitag in einer Serie von Mitteilungen über den Kurznachrichtendienst Twitter. Die Truppen der saudisch geführten Militäralianz hatten am Mittwoch eine Offensive zur Eroberung der von den Ansarollah (oft Huthis genannt) gehaltenen Stadt Hudeida begonnen. Das Militärbündnis erklärte am Freitag zudem, den Flughafen im Süden Hudeidas erreicht zu haben. Die Angaben ließen sich noch nicht überprüfen. (dpa/jw)

Ein Gespenst geht um

Berlin. Zum 70. Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsreform in Westdeutschland haben Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände darauf hingewiesen, dass die »soziale Marktwirtschaft« ihr Wohlfahrtsversprechen nicht mehr einhalte. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann forderte einen grundlegenden Kurswechsel. »Die soziale Marktwirtschaft ist in die Jahre gekommen. Ich sehe erheblichen Reformbedarf«, sagte Hoffmann gegenüber *dpa*. Die Politik nehme aus Sicht vieler verunsicherter Menschen ihre Anliegen nicht mehr ernsthaft auf, sagte Hoffmann. Auch der Paritätische Gesamtverband äußerte scharfe Kritik. »Die soziale Marktwirtschaft hat als soziale abgewirtschaftet«, kritisierte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Die Wirtschaft habe es geschafft, den Menschen mit dem Schreckgespenst Angst einzujagen, dass ein starker Sozialstaat zu Jobverlusten führen würde. (dpa/jw)
■ Siehe auch Kommentar Seite 8

Washington eskaliert Handelskonflikt

USA verhängen Zusatzzölle auf chinesische Waren. Beijing zieht nach und spricht von Handelskrieg

Die Vereinigten Staaten verhängen Strafzölle von 25 Prozent auf über 1.100 chinesische Waren und Produktgruppen. Darunter sind auch Industrie- und Hochtechnologiegüter. Das Zollvolumen beläuft sich auf 50 Milliarden Dollar. Das gab US-Präsident Donald Trump am Freitag bekannt. Ihm sei die »Freundschaft« zu Präsident Xi Jinping und das Verhältnis zu China sehr wichtig, erklärte Trump. Dennoch sei die Situation nicht länger hinzunehmen. Aus der Mitteilung des Weißen Hauses geht nicht hervor,

wann die Zölle tatsächlich wirksam werden.

Chinesische Gegenmaßnahmen folgten unmittelbar danach: Beijing hat seinerseits Vergeltungszölle auf US-amerikanische Waren im Wert von ebenfalls 50 Milliarden Dollar angekündigt. Wie das chinesische Handelsministerium am Freitag mitteilte, werde China auf alle US-Maßnahmen mit Zolltarifen in gleicher Höhe antworten. China wolle keinen Handelskrieg führen: »Angesichts des kurzsichtigen Verhaltens der USA, durch das andere und sie selbst ver-

letzt werden, muss China jedoch stark und entschlossen die Interessen von Land und Volk verteidigen«, hieß es in der Mitteilung des Handelsministeriums. Alle wirtschaftlichen und handelspolitischen Vereinbarungen, die zuvor in Verhandlungen zum Handelsstreit getroffen worden seien, seien nun ungültig. China und die USA hatten mehrere Konsultationen zu Wirtschafts- und Handelsfragen geführt, um Differenzen zu lösen. Beijing bedauere zutiefst, dass Washington die zuvor getroffene Vereinbarung gebrochen habe und »einen

Handelskrieg provoziert hat«. Der Schritt schädige »nicht nur bilaterale Interessen, sondern untergrabe auch die Welthandelsordnung«.

Noch am Donnerstag hatte China das Weiße Haus deutlich vor Strafzöllen gewarnt. Beijing hatte klargestellt, dass man keine Angst vor einem Handelskrieg habe und mit Strafen im gleichen Umfang reagieren wolle. Trump erklärte am Freitag, eine etwaige Reaktion Chinas mit eigenen Zöllen würden die USA mit neuen Zöllen beantworten.

(dpa/Reuters/jw)

jw wird herausgegeben von 2.109 Genossinnen und Genossen (Stand 15.6.2018)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902000